

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| 55. VRV 2015 - Buchungs- und Kontierungsvorgaben          | 58. Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2020                  |
| 56. VRV 2015 - Darstellung Personal bei Gemeindeverbänden | 59. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2020       |
| 57. Covid-19 - Dienstrechtliche Informationen             | <i>Verbraucherpreisindex für September 2020 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

## 55.

### VRV 2015 - Buchungs- und Kontierungsvorgaben

Vom Bundesministerium für Finanzen unter Einbindung des KDZ wird die **Plattform für öffentliches Rechnungswesen/Kontierungsleitfaden** angeboten. Diese Plattform enthält zum einen den Online-Kontierungsleitfaden (KLF), in dem die Informationen des KDZ-Kontierungsleitfadens 2018 enthalten sind. Der Online-Kontierungsleitfaden ermöglicht eine rasche Suche im Ansatz- und Kontenverzeichnis sowie eine Stichwortsuche.

Zusätzlich ist nun auf dieser Plattform das Online-Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch (oBHBH) enthalten, das umfangreiche Informationen zur VRV 2015 enthält.

**Die Plattform für öffentliches Rechnungswesen/Kontierungsleitfaden wird für Gemeinden und Gemeindeverbände über das Portal-Tirol kostenlos zur Verfügung gestellt.**

**Verbuchung der laufenden Finanzierungszuschüsse für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (KPC-Zuschüsse)**

Die jährlich zufließenden Finanzierungszuschüsse des Bundes für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind buchhalterisch aufzutrennen in den

Barwertanteil und den Zinsenanteil. Diesbezügliche Informationen werden für jedes Barwertförderungsprojekt von der Abwicklungsstelle der Bundesförderung (Kommunalkredit Public Consulting - KPC) an die Förderungswerber mit jeder Auszahlung übermittelt.

Der **Barwertanteil** des Finanzierungszuschusses ist unter den Kapitaltransfers von Bund, Bundesfonds und Bundeskammern auf dem **Konto 3008** (nur in der Finanzierungsrechnung) zu verbuchen - jedoch ohne Passivierung in der Vermögensrechnung unter den Sonderposten Investitionszuschüsse, da der Förderungsbarwert dort bereits erfasst sein sollte. Mit Zufluss des Barwertanteils reduziert sich die Forderung auf der Aktivseite der Vermögensrechnung. Diesbezüglich wird auch auf die Ausführungen im ÖWAV-Arbeitsbehelf 61 zum Thema VRV in der Abwasser-, Abfall- und Schutzwasserwirtschaft verwiesen.

Der **Zinsenanteil** des Finanzierungszuschusses ist auf dem Konto 860 unter Transfers von Bund, Bundesfonds und Bundeskammern in der Finanzierungsrechnung und der Ergebnisrechnung zu erfassen.

**Die Verbuchung auf dem Konto 3008 ist für die Berechnung der Finanzlage der Gemeinde notwendig.**

Die Umbuchungen müssen noch für das Finanzjahr 2020 vorgenommen werden. Diesbezüglich ist eine entsprechende Korrektur bis zum Abschluss des Finanzjahres 2020 vorzunehmen bzw. dies auch für zukünftig Buchungen zu berücksichtigen.

#### **Ausbuchen von uneinbringlichen Abgabeforderungen - Rotabsetzung**

Bei Rückersätzen von Abgaben, zu denen auch Gebühren, Steuern und Interessentenbeiträge zählen, besteht gem. § 13 Abs. 2 VRV 2015 keine zeitliche Beschränkung der Absetzbarkeit (unbedingte Absetzbarkeit).

Der Begriff „Rückersätze“ umfasst auch das „ertragswirksame Ausbuchen“ von uneinbringlichen Abgabeforderungen (korrespondierend zu § 235 der Bundesabgabenordnung).

Diese Absetzbarkeit bzw. die Verbuchung durch eine Rotabsetzung ist bei den Abgaben im Hinblick auf die Ermittlung einer korrekten Finanzkraft der Gemeinden notwendig und daher in dieser Form durchzuführen. Der Rotabsetzung muss ein konkreter Gebarungsfall zugrunde liegen. Gem. § 99 Abs. 3 TGO 2001 dürfen Buchungen nur auf Anordnung erfolgen und sind mit einem Beleg zu begründen.

## 56.

### **VRV 2015 - Darstellung Personal bei Gemeindeverbänden**

Mit Umsetzung der VRV 2015 hat es Anfragen gegeben, wie Gemeindeverbände in ihrer Buchhaltung das Personal darstellen sollen, wenn dieses nicht direkt beim Gemeindeverband angestellt ist. So kommt es sehr oft vor, dass Gemeindebedienstete einen gewissen Teil ihrer Arbeitszeit für einen Gemeindeverband aufwenden.

Sowohl der Voranschlag als auch der Rechnungsabschluss enthalten einige Bestandteile, die einen Bezug zum Personal aufweisen (z.B. Einzelkonten im Detailnachweis zur Ergebnis- und Finanzierungsrechnung, Nachweis Personalaufwand, Personaldaten iSd ÖStp (Anlage 4), Rückstellungspiegel). Gerade durch die VRV 2015 ist die Darstellung des Personals durch das Ausweisen von Rückstellungen nochmals erweitert worden.

**Es wird daher empfohlen, in den Buchhaltungen der Gemeindeverbände nur jenes Personal auszuweisen, welches tatsächlich in einem Dienstverhältnis zum Gemeindeverband steht.**

**Für Tätigkeiten von verbandsfremden Personen, z.B. Gemeindebedienstete, ist ein Kostenersatz für die erbrachten Leistungen im jährlichen Voranschlag und**

**Rechnungsabschluss des Gemeindeverbandes vorzusehen.**

Beispiel 1: In einem Schulverband sind der Schulwart und die Reinigungskräfte beim Verband angestellt, diese sind daher in der Buchhaltung dieses Gemeindeverbandes darzustellen. Die Verwaltung und Führung der Buchhaltung erfolgt durch eine/n Bedienstete/n aus einer der verbandsangehörigen Gemeinden, dieser Dienstposten hat beim Personal der betreffenden Gemeinde aufzuscheinen und für die erbrachte Leistung hat der Gemeindeverband einen Kostenersatz an die Gemeinde zu entrichten.

Beispiel 2: Ein Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband hat keine eigenen Bediensteten; in der Buchhaltung dieses Gemeindeverbandes ist daher auch kein Personalaufwand darzustellen. Die Verwaltung und Führung der Buchhaltung erfolgt durch eine/n Bedienstete/n aus einer der verbandsangehörigen Gemeinden, dieser Dienstposten hat beim Personal der betreffenden Gemeinde aufzuscheinen und für die erbrachte Leistung hat der Gemeindeverband einen Kostenersatz an die Gemeinde zu entrichten.

# 57.

## COVID-19 - Dienstrechtliche Informationen

### 1. Angeordneter Abbau von Überstunden- bzw. Mehrleistungsstunden

Unter dem Begriff Überstunden versteht die gesetzliche Regelung im § 29 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 - G-VBG 2012, LGBl. Nr. 119/2011, Dienststunden die auf Anordnung des Dienstgebers über den Dienstplan hinaus erbracht werden. Mehrleistungsstunden nach Abs. 4 leg. cit. sind demgegenüber Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung durch nicht vollbeschäftigte Vertragsbedienstete soweit sie die regelmäßige Wochendienstzeit nicht überschreiten.

Nach dem Wortlaut des § 29 Abs. 2 und 4 G-VBG 2012 kann der Dienstgeber (**einseitig**) anordnen, dass der **Ausgleich von Überstunden bzw. Mehrleistungsstunden durch Freizeitausgleich zu erfolgen hat**. In diesem Zusammenhang besteht keine Vereinbarungsmöglichkeit. Ein Freizeitausgleich ist aber nach § 29 Abs. 6 G-VBG 2012 immer nur bis zum Ende des sechsten auf die Leistung der Überstunden folgenden Monats zulässig. Diese Frist kann nur auf Ansuchen des Bediensteten oder mit dessen Zustimmung verlängert werden. Auf die übrigen Bestimmungen des § 29 G-VBG 2012 wird hingewiesen.

Die Anordnung hat seitens des Dienstgebers klar und im Vorhinein zu erfolgen. Fest steht, dass immer nur der Verbrauch jener Überstunden/Heranziehungsstunden seitens des Dienstgebers angeordnet werden kann, der auch tatsächlich beim Dienstnehmer vorhanden ist (keine Minusstunden!).

### 2. Einvernehmlicher Abbau von Zeitausgleich

Davon zu unterscheiden sind Stunden, die vom Dienstnehmer im Rahmen einer gleitenden Dienstzeit nach § 22 Abs. 3 G-VBG 2012 aufgebaut wurden. § 29 Abs. 7 G-VBG 2012 nimmt diese Zeiten explizit vom Überstundenbegriff des § 29 aus.

Für den **Abbau von Zeitausgleich** ist stets das **Einvernehmen zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer** herzustellen. Die Vereinbarung von Zeitausgleich führt nur zu einer anderen Verteilung der Arbeitszeit.

Durch die Konsumation von Zeitausgleich entstehen keine Minusstunden, sondern die entsprechende Arbeitsleistung wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt erbracht, weshalb in dieser Periode aufgrund der Vereinbarung von Zeitausgleich eine entsprechend kürzere Arbeitsverpflichtung bestand (OGH 27.2.2019, 9ObA 62/18k).

Aufgrund einer bestehenden Gleitzeitordnung ist der Dienstnehmer jedoch jedenfalls angehalten, auf ein möglichst ausgeglichenes Gleitzeitkonto hinzuarbeiten.

### 3. Einseitige Anordnung von Verbrauch des Erholungsurlaubes

In § 34d Abs. 2 Gemeindebeamtengesetz 1970, in § 76 Abs. 2 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012, in § 30d Abs. 2 Innsbrucker Gemeindebeamtengesetz 1970 und in § 57 Abs. 2 Innsbrucker Vertragsbedienstetengesetz wurde mit Artikel 8, 10, 11 und 12 des Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetzes eine Bestimmung über die einseitige Anordnung zum Verbrauch von Erholungsurlaub aus Vorperioden für Bedienstete der Gemeinden und Gemeindeverbänden verankert.

Damit kann zur Verfolgung öffentlicher Interessen - abweichend von der Notwendigkeit einer Vereinbarung über den Verbrauch des Erholungsurlaubes - nicht verfallener Erholungsurlaub aus vorangegangenen Kalenderjahren im Umfang von maximal zwei Wochen durch kalendermäßige Festsetzung zum Verbrauch angeordnet werden. **Voraussetzung** ist jedoch, dass der Beamte bzw. **Vertragsbedienstete dienstfähig ist und der Dienstbetrieb für einen mindestens sechs Werktag andauernden Zeitraum erheblich eingeschränkt ist**.

Für Bedienstete, denen in einem Kalenderjahr aufgrund von angeordneten Urlaubssperren oder aus anderen gerechtfertigten Gründen der Verbrauch des Erholungsurlaubes nicht möglich war, ist diese dienstgeberseitige Anordnungsmöglichkeit unzulässig.

Unabhängig von dieser Bestimmung ist die (einvernehmliche) Vereinbarung von Erholungsurlaub jederzeit möglich.

#### 4. Freistellung von Dienstnehmern, die der COVID-19-Risikogruppe angehören

Für sämtliche DienstnehmerInnen, die dem Dienstgeber ein ärztliches COVID-19-Risiko-Attest vorlegen (Zugehörigkeit zur COVID-19-Risikogruppe), wird empfohlen, diese in sinngemäßer Anwendung der Bundesregelungen unter Fortbezahlung des Entgelts freizustellen, sofern nicht Home Office möglich ist oder eine Ansteckung in der Arbeitsstätte mit größtmöglicher Sicherheit ausgeschlossen werden kann (Regelung derzeit bis 31. Dezember 2020 befristet).

#### 5. Schwangere Bedienstete

Der Dienstgeber hat in Bezug auf schwangere Dienstnehmerinnen - so wie generell bei Meldung einer Schwangerschaft - eine Gefahrenbeurteilung des Arbeitsplatzes der Bediensteten nach §§ 2 und 3 Tiroler Mutterschutzgesetz 2005, vorzunehmen.

Da das Virus SARS-Cov-2 als biologischer Arbeitsstoff der Risikogruppe 3 eingestuft wurde und nach derzeitigem Wissenstand eine Gefährdung der werdenden Mutter sowie ihres Kindes besteht, hat der Dienstgeber bei festgestellten Gefahren folgende Maßnahmen nach § 3 TMSchG 2005 in der nachstehenden Reihenfolge zu ergreifen:

- a) Ausschluss der festgestellten Gefährdung (z.B. durch Änderung der Beschäftigung sowie Ergreifen von Schutzmaßnahmen)
- b) Beschäftigung auf einem anderen Arbeitsplatz
- c) Dienstfreistellung der Dienstnehmerin falls lit. a oder b nicht zur Anwendung gelangen (können)

Auf Grund der unterschiedlichsten Gegebenheiten kann grundsätzlich nicht pauschal festgelegt werden, welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen zum Ausschluss der Gefährdung erforderlich sind. Geeignete Maßnahmen zur Herabsetzung der Infektionsgefahr sind z.B. Home-Office, Einzelarbeitsplatz, sichere Einhaltung eines Mindestabstands von einem Meter, Abschirmung (z.B. Kunststoffplatte).

Nach Auskunft der Abt. Landessanitätsdirektion können Tätigkeiten, "die regelmäßig Kontakt zu einer größeren Zahl an Ansprechpersonen" erfordern - wie dies in der Kinderbetreuung der Fall ist - in der momentanen Situation im Einzelfall zu einer unverantwortbaren Gefährdung für schwangere Frauen führen.

Das Arbeitsinspektorat sieht daher in der Kinderbetreuung folgende Regelungen vor:

- Kinder bis 3 Jahre: Beschäftigungsverbot auf Grund von Zytomegalie
- Kinder ab 3 bis 6 Jahre: Distanz von mindestens 1m ist im Regelfall nicht möglich, weshalb die Beschäftigung mit Kindern für schwangere Arbeitnehmerinnen nicht möglich ist.
- Kinder ab 6 Jahren: Distanz von mindestens 1m ist einhaltbar, daher ist die Beschäftigung von schwangeren Arbeitnehmerinnen möglich.

#### 6. Absonderung von Dienstnehmern nach dem Epidemiegesetz 1950

a) Weisen Bedienstete selbst Symptome auf oder sind Bedienstete abgesondert, weil sie **selbst positiv** sind, ist dies als **Dienstverhinderung nach § 70 Abs. 1 G-VBG 2012 (Krankenstand)** zu werten.

b) Werden Bedienstete nach § 7 Epidemiegesetz 1950 als reine **Kontaktperson** abgesondert, weisen selber aber keine Symptome auf, handelt es sich nach Ansicht der Abteilung Gemeinden um eine Dienstverhinderung aus sonstigem wichtigen die Person betreffenden Grund nach **§ 70 Abs. 7 G-VBG 2012**.

In beiden Fällen kommen die Entgeltfortzahlungsregelungen des § 70 G-VBG 2012 zur Anwendung. Hinsichtlich der Wahrung des Anspruches auf Vergütung des Verdienstentganges nach dem Epidemiegesetz 1950 wird auf das Schreiben Gem-A-31/204-2020 der Abteilung Gemeinden vom 05.05.2020 hingewiesen, wobei der Anspruch mittlerweile binnen **drei Monaten** vom Tage der Aufhebung der behördlichen Maßnahmen geltend zu machen ist.

## 58.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	522.243	-558.745	-1.080.988	-206,99
Lohnsteuer	22.916.489	19.026.752	-3.889.738	-16,97
Kapitalertragsteuer	1.338.520	1.392.134	53.614	4,01
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	727.680	698.252	-29.428	-4,04
Körperschaftsteuer	6.053.788	6.743.646	689.858	11,40
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	430	223	-207	-48,12
Stiftungseingangssteuer	5.485	4.706	-779	-14,20
Bodenwertabgabe	39.452	3.081	-36.371	-92,19
Stabilitätsabgabe	381	44.145	43.764	11487,52
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>31.604.469</b>	<b>27.354.194</b>	<b>-4.250.275</b>	<b>-13,45</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	21.660.983	18.421.232	-3.239.751	-14,96
Tabaksteuer	1.646.140	1.767.686	121.546	7,38
Biersteuer	72.889	161.441	88.552	121,49
Mineralölsteuer	2.308.681	2.347.228	38.548	1,67
Alkoholsteuer	125.366	147.335	21.968	17,52
Schaumweinsteuer	21.026	9.158	-11.868	-56,45
Kapitalverkehrssteuern	2.374	4	-2.370	-99,85
Werbeabgabe	69.748	69.753	5	0,01
Energieabgabe	837.093	649.909	-187.184	-22,36
Normverbrauchsabgabe	581.524	541.613	-39.910	-6,86
Flugabgabe	71.552	14.562	-56.991	-79,65
Grunderwerbsteuer	17.710.045	12.814.122	-4.895.923	-27,64
Versicherungssteuer	1.137.063	1.094.092	-42.971	-3,78
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.238.791	2.296.200	57.410	2,56
KFZ-Steuer	10.671	7.715	-2.956	-27,70
Konzessionsabgabe	272.351	270.301	-2.050	-0,75
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>48.766.295</b>	<b>40.612.351</b>	<b>-8.153.944</b>	<b>-16,72</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe</b>	<b>80.370.763</b>	<b>67.966.545</b>	<b>-12.404.219</b>	<b>-15,43</b>



## 59.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	41.913.112	28.979.668	-12.933.443	-30,86
Lohnsteuer	258.554.805	256.184.548	-2.370.257	-0,92
Kapitalertragsteuer	20.720.181	15.022.016	-5.698.165	-27,50
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.128.788	6.726.421	597.633	9,75
Körperschaftsteuer	85.374.763	63.914.421	-21.460.342	-25,14
Abgeltungssteuern Schweiz	-16	-52	-36	-222,73
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	10.325	4.707	-5.618	-54,41
Stiftungseingangssteuer	125.778	139.883	14.105	11,21
Bodenwertabgabe	674.369	589.572	-84.797	-12,57
Stabilitätsabgabe	893.439	1.014.389	120.950	13,54
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>414.395.542</b>	<b>372.575.572</b>	<b>-41.819.970</b>	<b>-10,09</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	227.746.558	204.623.916	-23.122.642	-10,15
Tabaksteuer	17.674.970	18.125.950	450.980	2,55
Biersteuer	1.786.813	1.632.484	-154.329	-8,64
Mineralölsteuer	40.088.971	34.240.015	-5.848.956	-14,59
Alkoholsteuer	1.443.901	1.311.426	-132.476	-9,17
Schaumweinsteuer	225.340	180.522	-44.818	-19,89
Kapitalverkehrsteuern	10.205	11.242	1.036	10,16
Werbeabgabe	1.018.211	854.241	-163.970	-16,10
Energieabgabe	8.588.398	7.368.554	-1.219.843	-14,20
Normverbrauchsabgabe	4.956.937	4.139.289	-817.648	-16,50
Flugabgabe	659.155	333.078	-326.077	-49,47
Grunderwerbsteuer	122.604.348	123.489.134	884.785	0,72
Versicherungssteuer	11.258.786	11.548.964	290.177	2,58
Motorbezogene Versicherungssteuer	21.878.024	22.246.055	368.032	1,68
KFZ-Steuer	551.543	510.780	-40.763	-7,39
Konzessionsabgabe	2.538.024	2.137.035	-400.989	-15,80
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>463.030.184</b>	<b>432.752.685</b>	<b>-30.277.499</b>	<b>-6,54</b>
Kunstförderungsbeitrag	135.004	135.168	164	0,12
<b>Gesamtsumme</b>	<b>877.560.729</b>	<b>805.463.425</b>	<b>-72.097.305</b>	<b>-8,22</b>
Zwischenabrechnung	7.337.103	-1.273.726	-8.610.829	-117,36
<b>Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung</b>	<b>884.897.832</b>	<b>804.189.699</b>	<b>-80.708.134</b>	<b>-9,12</b>

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2020</b> (vorläufiges Ergebnis)		
	<b>August 2020</b> (endgültig)	<b>September 2020</b> (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	108,0	108,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	119,6	120,2
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	130,9	131,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	144,7	145,5
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	152,3	153,1
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	199,2	200,3
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	309,5	311,2
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	543,2	546,3
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	692,2	696,0
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	694,4	698,3
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat September 2020 beträgt 108,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat August 2020 um 0,6 Punkte gestiegen (August 2020 gegenüber Juli 2020 - 0,2 Punkte). Gegenüber September 2019 ergibt sich eine Steigerung um 1,6 Punkte (+ 1,5 %), für August 2020/2019 um 1,5 Punkte (+ 1,4 %).</p>		

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck